

Horst Kahrs  
Oktober 2011

## Mal wieder die Organisationsfrage<sup>1</sup>

*„Alles verändert sich, wenn du es veränderst.  
Doch du kannst nicht gewinnen, solange du allein bist.“  
Ton, Steine, Scherben*

Die Partei DIE LINKE erlebte ein schwieriges Wahljahr 2011. Statt von erkennbarem Gewinn an politischem Einfluss zeugen die Ergebnisse von Stagnation, auch Rückgang der politischen Bedeutung und sozialen Reichweite. In den bundesweiten Umfragen liegt die Partei weit hinter den Werten vom Herbst 2009. Die Gründungsdynamik ist erschöpft. Als Ursachen lassen sich vielfältige interne und externe Faktoren benennen. Gemeinsam ist ihnen zweierlei: Erstens wird eine Veränderung der gesellschaftlichen und politischen Handlungsbedingungen festgestellt, deren Eckpunkte mit der Abwahl der SPD aus der Bundesregierung als Höhe- und Endpunkt des Aufbegehrens gegen die politische Grundrichtung der „Agenda 2010“ umschrieben werden. Neue Themen bewegten seit 2010 die politische Öffentlichkeit. Eine zweite Gemeinsamkeit der Erklärungen besteht in den Verweisen auf die politische und soziale Vielfalt der Kräfte und Milieus, die sich seit 2005 in der Anhänger- und Wählerschaft und seit 2007 in der Mitgliedschaft der neuen Partei sammelten; mit dem Ende der Gründungsphase stelle sich die Aufgabe, aus einer antineoliberalen Sammlungsbewegung eine zeitgemäße linke Partei zu formieren, als eine der zentralen, wenn nicht als die zentrale strategische Herausforderung der nächsten Jahre für DIE LINKE.

Die Organisationsfrage lässt sich unter verschiedenen Blickwinkeln behandeln. Organisationssoziologische und politikwissenschaftliche Betrachtungen messen das Wohlergehen einer Partei in den Einheiten „Mitglieder“, „Finanzen“, „Stimmen“, „Mandate“ und „Ämter“. Dagegen ist nichts einzuwenden, solange sich die Partei darüber nicht zum Selbstzweck wird, und weitergehende Fragen im Blickfeld bleiben: Welche Art von Partei soll es sein – Wahlpartei, Mitgliederpartei? Welche Rolle spielt die Parteiorganisation für die angestrebten Veränderungen? Wozu braucht die bundesdeutsche Gesellschaft die Partei DIE LINKE? Wozu braucht die gesellschaftliche und politische Linke eine Partei? Und wozu braucht DIE LINKE als Partei im parlamentarischen Politikbetrieb Mitglieder? Die Organisationsfrage ist für DIE LINKE nicht nur zentral, weil sie ihre Gründungsphase hinter sich hat.<sup>2</sup> Ihre Aktualität bezieht sie auch aus sozialen Aufbrüchen wie in Spanien und aus Wahlerfolgen neuer Parteien wie den „Piraten“ in Deutschland oder der „Bürgerbewegung“ von Janusz Palikot in Polen: Brüche in den politischen Ausdrucksformen, die an den traditionellen linken Partei- und Organisationsstrukturen vorbeigehen.

### **Mitgliederpartei als Anker in der Welt medialisierter Machtspiele**

Gemäß Artikel 21 des Grundgesetzes „wirken“ die Parteien „bei der „politischen Willensbildung des Volkes mit“. Aus dem „Parteienprivileg“ resultiert die Sonderstellung der Parteien im System der parlamentarisch-repräsentativen Demokratie. Es macht sie als Mittler zwischen Gesellschaft und Staat zu tragenden Säulen des politischen Systems und des Politikbetriebs. Nach er Theorie

<sup>1</sup> Dieser Text erscheint in Kürze in leicht veränderter Fassung in der Zeitschrift „LuXemburg“.

<sup>2</sup> Der Beschluss der 1. Tagung des 2. Parteitages in Rostock vom 15./16. Mai 2010 „Für einen Politikwechsel – DIE LINKE stärken“ gab dem Parteivorstand vor: „Der neue Parteivorstand übernimmt nach der Gründungsphase Verantwortung für die weitere Stabilisierung und das Zusammenwachsen der Partei und ihre Verankerung in der Gesellschaft.“ <http://www.die-linke.de/partei/organe/parteitage/>.

sollen sie vor allem politische Entscheidungen des Souveräns vorbereiten (Wahlen) und geeignetes politisches Personal für Ämter auswählen (Mandate, Ämter). Zum Parteienprivileg gehört die staatliche Parteienfinanzierung, durch die ein großer Teil der professionellen Struktur einer Partei nicht nur an Mitgliederbeiträge und regelmäßige Spenden gekoppelt ist, sondern oft stärker noch von der kommunikativen Fähigkeit, bei Wahlen Stimmen zu mobilisieren abhängig ist.

Parteien repräsentieren Gruppen von Bürgerinnen und Bürgern; sie vertreten Interessen, vor allem auch Wertegemeinschaften; sie koalieren und bilden Regierungen und Opposition. Wenn es gut läuft, halten sie eine parlamentarische Demokratie nicht nur am Leben, sondern verschaffen ihr hohe Anerkennung und Zustimmung. Wenn es nicht so gut läuft, zumal wenn Repräsentationslücken entstehen, wenn Parteien sich so schnell und grundlegend verändern, dass größere Teile der Anhängerschaft vor den Kopf gestoßen werden, oder wenn Parteien nicht angemessen auf neue gesellschaftliche Entwicklungen reagieren, dann entstehen ‚günstige Gelegenheiten‘ für erfolgreiche Parteigründungen. DIE LINKE ist eine solche Gründung. Ihr Gelegenheitsfenster trug den Namen „Agenda 2010“, ihre erste Funktion bestand darin, die Defekte im demokratischen System zu benennen, die die bereits etablierten Parteien hervorgerufen hatten (Missachtung, ja Gegnerschaft zu relevanten, großen Interessengruppen in der Bevölkerung). Ihre zweite Funktion besteht darin, erfolgreich an der Behebung dieser Defekte beteiligt zu sein, also bei der Neuverteilung von Macht und Einfluss. Nur vordergründig handelt es sich dabei um Mandate und Ämter. Im Kern handelt es sich darum, ob die vormals missachteten Interessen wieder einen gebührenden Platz im politischen Betrieb und in seinem Output einnehmen.

Waren die „Grünen“ einstmals die erfolgreiche Verfestigung einer sich über Jahre hinweg entwickelnden Anti-AKW- und Friedensbewegung ins Parteiensystem, so fehlt der Gründung der LINKEN dieser Rückhalt einer sozialen Bewegung, die sich über „alternative“ Lebensentwürfe, Lebensstile und auch alternative Betriebe eigene soziale Strukturen schafft und dauerhafte Milieus bildet. Das „soziale Kapital“ (Geiling/Vester 2007) der Partei DIE LINKE speiste sich 2005 und 2009 bei der Wahlbevölkerung zudem zum geringeren Teil aus der sozialen Verankerung von Mitgliedschaft und Parteiorganisation im gesellschaftlichen Alltag.<sup>3</sup> Zum größeren Teil entstand es über die Spitzenvertreter der Partei und ihre mediale Präsenz. Trotz des in Ostdeutschland mancherorts bestehenden Images der Kümmererpartei, trotz des in Westdeutschland in manchen Städten gelungenen Anschlusses an gewerkschaftliche, prekarierte und akademische Milieus: Das Gesicht der Partei, ihr Vertrauenskapital und ihre glaubwürdige Botschaft hängen im hohen Maße von der Medienwirkung ihrer „Telepolitikerinnen und –politiker“ (Wiesendahl) ab. Nicht zuletzt drückt sich dies in den Umfrage- und Wahlergebnissen aus, wenn die Werte für Bundestagswahlen flächendeckend über der Zustimmung bei Landtags- und Kommunalwahlen liegen. Die Partei DIE LINKE, aber nicht nur sie, befindet sich in einer doppelten Abhängigkeit von Personen und Medien, die die Mitgliedschaft strukturell mehr und mehr in eine Zuschauerrolle drängt.

„Herrschaft über Bildschirme, Schlagzeilenpräsenz oder der Spitzenplatz des politischen Top-Talkers garantieren weder Popularität noch Wähler- oder Mitgliederunterstützung“, schreibt Wiesendahl und fährt fort: „Die größte Gefahr für Parteien als kollektives Ganzes geht von der extremen Medialisierung und Personalisierung der Parteipolitik aus. Das Zusammenspiel von Telepolitikern und Journalisten bildet eine Schlüsselrolle. Letztere sind bei ihrer Berichterstattung und

---

<sup>3</sup> Mit Blick auf die SPD und Gerhard Schröder fassen Heiko Geiling und Michael Vester zusammen: „Soziales Kapital realisiert sich immer nur persönlich in glaubwürdiger Rückkopplung mit der Praxis sozialer Milieus. Je weiter sich Mandatsträger oder Parteifunktionäre von dieser Praxis entfernen, sich primär über mediale Inszenierungen darstellen und dabei den Eindruck erwecken, sich gegen das Ethos der Wählerschaft selbst ermächtigen zu wollen, desto prekärer wird ihre Legitimationsbasis. Übrig bleibt der Hasardeur, der in der Regel ad hoc entscheidet und rücksichtslos das ihm Anvertraute aufs Spiel setzt.“ Heiko Geiling/Michael Vester: Das soziale Kapital der politischen Parteien; in: Frank Brettschneider, Oskar Niedermayer und Bernhard Weißels (Hrsg.): Die Bundestagswahl 2005, Wiesbaden, S. 457-489, hier S. 486.

meinungsbildenden Einflussnahme stark von einem demoskopiehörigen Stimmungsinstinkt geprägt, durch den Telepolitiker in eine Art Geiselhaft gegenüber einem medial gesteuerten Popularitätszyklus geraten. Zudem sind die Medienakteure den unerbittlichen Gesetzen der Marktlogik ausgesetzt, die sich an Auflagezahlen, Anzeigenerlösen und Einschaltquoten festmacht. Dies verleitet Medienakteure dazu, Politik zu dramatisieren und zu skandalisieren.“<sup>4</sup>Vertrauenkapital, welches stark von einer glaubwürdigen Botschaft der medialen Inszenierung einer kleinen Gruppe von Berufspolitikern und –politikerinnen abhängt, macht Parteien in hohem Maße auf allen Ebenen von öffentlichen Stimmungsumschwüngen abhängig: „Die Konzentration der elektoralen Medienaufmerksamkeit auf wenige bundespolitische Spitzenakteure hat dazu noch den fatalen Effekt, dass mittlerweile bei Regional- und Kommunalwahlen untere Parteigliederungen in Verantwortungshaft genommen werden und ihr elektorales Wohl und Wehe von der bundespolitischen Großwetterlage bestimmt wird.“<sup>5</sup>

DIE LINKE zeigt nach der Bundestagswahl 2009 deutliche Spuren dieser Abhängigkeit. Sie ist nicht selbstverschuldet, sondern durch die Handlungsbedingungen des medial geprägten politischen Raums gegeben.<sup>6</sup> Die Notwendigkeit, politische Inhalte über Personen und Medien zu vermitteln, zu personalisieren und zu medialisieren, damit eine hohe Abhängigkeit von den Gesetzen der medialen Aufmerksamkeitsökonomie und des „Politainment“<sup>7</sup>, lässt sich weder leugnen noch hintergehen. Sie gehören zur Politik als Kampf um Macht und stärken die Tendenz zu wenig demokratischen und transparenten Wegen der Entscheidungsfindung. Doch statt diese Abhängigkeit zu beklagen, muss es darum gehen, die notwendigen Gegengewichte zu schaffen. Solche Gegenkräfte erwachsen aus einer lebendigen Mitgliederpartei, die der Verselbständigung ihrer Anliegen durch deren Personalisierung und Medialisierung notwendige Grenzen setzen, die die Widersprüchlichkeit ausbalancieren kann. An diesem Punkt stagniert DIE LINKE. Die Organisationsfrage ist zu einer, wenn nicht der zentralen strategischen Frage ihrer weiteren Entwicklung als linke, emanzipatorische Partei geworden.<sup>8</sup>

### **„...die wir in der Partei vorleben werden“**

Der „Gründungsauftrag“ für DIE LINKE umfasste mehr als die wirksame Repräsentation vergessener, ausgegrenzter Interessen und Schichten. Denn die Agenda2010 war nur der letzte Akt einer rotgrünen Agenda, die die Übermacht des Finanzkapitals gegenüber anderen Kapitalfraktionen und aller gegenüber den Interessen der Lohnarbeit wie auch gegenüber der nationalen Politik

<sup>4</sup> Elmar Wiesendahl: Die Mitgliederparteien zwischen Unmodernität und wieder entdecktem Nutzen; in: Uwe Jun/ Oskar Niedermayer/ Elmar Wiesendahl (Hrsg.): Zukunft der Mitgliederpartei, Opladen 2009, S. 31-52; hier S. 41f.

<sup>5</sup> Ebd. Auch für DIE LINKE liegt die Mobilisierungsfähigkeit bei Landtags- und Kommunalwahlen deutlich unter derjenigen bei Bundestagswahlen, bei denen die bekannten Gesichter zur Wahl stehen. Das diese Abhängigkeit von Personen und Medien nicht zwangsläufig ist, zeigen der jüngste Wahlerfolg der Piraten in Berlin und ihre anschließenden bundesweiten Umfragewerte.

<sup>6</sup> Vergleiche als knappe aktuelle Zusammenfassung: Paula Diehl, Populismus, Antipolitik, Politainment. Eine Auseinandersetzung mit neuen Tendenzen der politischen Kommunikation; in: Berliner Debatte Initial 22 (2011) Heft 1, S. 27-39.

<sup>7</sup> Vgl. Andreas Dörner, Politik in der medialen Erlebnisgesellschaft, Frankfurt/M. 2001.

<sup>8</sup> Aus der Geschichte der „Grünen“ lässt sich einiges darüber lernen, was unter den herrschenden Bedingungen von Politik und Macht geht und was nicht, wo Veränderungen möglich sind und wo die gegebenen Verhältnisse stärker. Zum Beispiel hat sich das anfängliche „Rotationsprinzip“ in der Mitte der Legislaturperiode nicht bewährt, warum aber nicht eine Pause für Ämter und Mandate nach zwei Legislaturperioden möglich sein soll, wie es im Übrigen in vielen Verfassungen etwa in Lateinamerika nach der Epoche der Militärregierungen für Präsidenten und andere Wahlämter vorgesehen wurde, bleibt unerfindlich. Gleiches gilt für eine wohlverstandene Trennung von Amt und Mandat.

ratifizierte. Die erfolgreiche Gründung der LINKEN war das Versprechen, das in der Gesellschaft schlummernde Unbehagen über die Entwicklungsrichtung offen und organisiert zur Sprache zu bringen. „Es gibt keine politische Bewegung, die nicht zugleich auch eine gesellschaftliche wäre.“<sup>9</sup> Diese Fähigkeit, die kleinen und großen Fragen nach dem Funktionieren des Bestehenden so stellen zu können, dass daraus aus der Gesellschaft selbst die Kraft zur Veränderung in Richtung Emanzipation und Gleichheit erwächst, festigt die dauerhafte Existenz einer Partei links von sozialdemokratischer Verteilungspolitik. Ist die Partei als Organisation in der Lage, die Veränderungen im Alltagsbewusstsein und die Alltagserfahrungen der unterschiedlichen sozialen Schichten und Milieus in ihrer Anhängerschaft und darüber hinaus wahrzunehmen, zu respektieren und politische zu verarbeiten?

Am proklamierten Willen und entsprechender Beschlusslage mangelt es nicht: „Unsere Mitglieder tragen unsere Forderungen und Angebote in Schulen, Universitäten, auf die Straße, in die Betriebe, Verbände, Vereine und Institutionen. Ihre Kritiken und Ideen müssen Gehör finden. Der Parteivorstand ist gefordert, ihre Anregungen aufzugreifen und unterschiedliche politische Erfahrungen für den gemeinsamen Aufbruch einer lebendigen linken Partei nutzbar zu machen. Ziel ist, ein Parteileben aufzubauen, in dem Frauen, junge Menschen, Menschen mit Migrationshintergrund gleichberechtigte und aktive Mitglieder sind, die politischen Einfluss nehmen und Unterstützung finden und deren politische Interessen, Zugänge, Ansprüche und Bedürfnisse die Inhalte und die Kultur der Partei gleichberechtigt prägen. Alle Menschen müssen, unabhängig von ihrer Lebenssituation, ihre Talente und Fähigkeiten einbringen können und ihre Rechte auf Gleichstellung, Mitbestimmung und Würde auch tatsächlich realisieren können. Das sind Schritte zu einer modernen, emanzipatorischen, inklusiven und solidarischen Gesellschaft, die wir in der Partei vorleben werden.“<sup>10</sup>

In diesem Verständnis von Mitgliederpartei enthalten ist die Erkenntnis, dass es nach der erfolgreichen Gründungsphase darauf ankommen müsse, die Parteiorganisation zu konsolidieren und zu stabilisieren, die wechselseitige Kommunikation der Partei mit der Gesellschaft viel stärker über die Mitgliedschaft statt über Medien und Umfragen zu organisieren, kurz: aus der Sammlungsbewegung heraus eine Mitgliederpartei aufzubauen. Mitgliederparteien unterscheiden sich von Wahlparteien und Medienparteien vor allem dadurch, dass der Daseinszweck von Partei und Mitgliedern weit über Beitragszahlung, Kandidatenkür, Kampagnen und Wahlkämpfe hinausreicht. Wer die bestehenden Machtverhältnisse erfolgreich in Frage stellen will, braucht eine aktive, verändernde, emanzipatorische Prozesse eröffnende und tragende Mitgliedschaft, kurz ein organisatorisches Eigengewicht. Bestand und Wirksamkeit als systemkritische transformatorische Kraft gründen zuvorderst nicht auf der Professionalität der Partei als parlamentarischer Akteur oder ihres Spitzenpersonals als mediale Akteure. Eine linke Partei ist nur vorstellbar als Mitgliederpartei, als Partei, die im Besitz der Mitgliedschaft ist, einer Mitgliedschaft, die zugleich aktiv mit der Gesellschaft verbunden ist, einer Mitgliedschaft, die die Veränderbarkeit der bestehenden Verhältnisse verkörpert. Eine solche Parteiorganisation braucht gleichwohl mediale Repräsentation und Präsenz, verfügt aber über größtmögliche Souveränität gegenüber der „medialen Achterbahn“ (Wiesendahl).

Für die Mitgliedschaft in einer Mitgliederpartei gibt es drei wesentliche Gründe: gemeinsame Werte, exklusive Informationen und Beteiligung.<sup>11</sup> Parteimitgliedschaften gründeten sich nie allein auf gemeinsame materielle, soziale oder ökonomische, und ideelle Interessen, sondern immer auch auf gemeinsame Wertorientierungen. Die Herausbildung der beiden großen Volkspar-

---

<sup>9</sup> Karl Marx, Das Elend der Philosophie, MEW 4, S. 182.

<sup>10</sup> Beschluss des Rostocker Parteitages, a.a.O.

<sup>11</sup> Vgl. Klaus Detterbeck, Die Relevanz der Mitglieder: Das Dilemma effektiver Partizipation; in: Jun/Niedermayer/Wiesendahl 2009, S. 71-88.

teien CDU und SPD bezeugt dies. Gemeinsame Wertorientierungen reichen für eine Mitgliederpartei allein nicht aus: die Mitgliedschaft muss zudem Vorteile gegenüber der Nichtmitgliedschaft bieten. Hierbei handelt es sich um Vorteile bei der „Information“ und bei der „Beteiligung“. In Mitgliederparteien verfügen die Mitglieder über exklusive Informationen über politische Prozesse und Angelegenheiten der Partei und können so mediale Vorgänge erklären und erläutern; in Medienparteien kommunizieren die Parteiführungen mit den Mitgliedern wie mit den Wählerinnen und Wählern, von Mitgliedern und Wählern ist die Distanz zur Parteiführung hier gleich groß. „Beteiligung“ umfasst in Mitgliederparteien ebenfalls mehr als die Kandidatenkür in Wahlparteien. In linken, auf Emanzipation gerichteten Parteien ist die Beteiligung der Mitgliedschaft nie instrumentell, sondern Ausdruck der Erkenntnis, dass nachhaltige Veränderungen nie von großen Männern und Frauen allein bewerkstelligt wurden.

### ***Emanzipatorisches Verändern heißt: sich die eigenen Lebensräume aneignen***

Mitgliederparteien charakterisiert eine auf mittlere Sicht (nach)wachsene Mitgliedschaft, die sich selbst als Partei in vierfacher Weise fordert: als eine lernende Organisation (1), als Ort praktischer Solidarität (2), als sozialer Akteur (3) und als politischer Akteur (4). Im immer wieder neu gelingenden Zusammenspiel dieser vier Ebenen entstehen schließlich die Vorteile, die Attraktivität der Mitgliedschaft gegenüber der Nichtmitgliedschaft: ein Parteileben als Vorgriff auf die „moderne, emanzipatorische, inklusive und solidarische Gesellschaft“, wie es im Rostocker Beschluss heißt.<sup>12</sup>

(1) Die politische Tradition der Linken ist angefüllt mit Parteien, deren Führungen und Mitglieder immer schon Bescheid wussten, wie die Welt richtig zu erklären und erfolgreich zu verändern ist. Innerparteilich ergebnisoffene Prozesse gestalten und demokratische Suchbewegungen ertragen zu können, zählten nicht zu ihren Stärken. Gesellschaftliche Veränderungen, neue Entwicklungen in der Arbeits- und Lebensweise wie im Alltagsbewusstsein verliefen daher oftmals an ihnen vorbei, auch und zumal wenn sie als Differenz zum wahren „Klassenbewusstsein“ ausgemessen wurden. „Lernende Organisationen“<sup>13</sup> sehen anders aus. Sie ermöglichen den Mitgliedern kollektive Prozesse der Bildung, der Selbstaufklärung über die Welt, in der wir leben, und der Selbstermächtigung zum solidarischen Handeln.<sup>14</sup> Sie sind offen gegenüber Neuem, seinen Problemen und Un-

<sup>12</sup> Mit diesem Beschluss hat sich DIE LINKE organisationspolitisch von den Prinzipien leninistischer Kaderparteien ebenso verabschiedet wie von der Engels'schen Auffassung zur fehlenden „Autorität und Zentralisation“ der Pariser Kommune: „Nach dem Sieg können wir uns organisieren, wie wir wollen.“ (MEW 33, S. 372). Dagegen stellte bereits in der Ersten Internationale das sogenannte „Jurazirkular“ eine andere Position zur Debatte: „Die künftige Gesellschaft soll nichts anderes sei, als die allgemeine Durchführung der Organisation, die die Internationale sich gegeben haben wird. Wir müssen also Sorge tragen, diese Organisation so viel als möglich unserem Ideal zu nähern. Wie könnte eine egalitäre und freie Gesellschaft aus einer autoritären Organisation hervorgehen? Das ist unmöglich.“ Zitiert nach Philippe Kellermann: Anarcho-Agnolismus. Über die misslungene Inszenierung eines libertären Marx im „Marxismus-Agnolismus“; in: Prokla, Heft 164, 41.Jg. 2011, Nr.3, S. 487-508; hier: S. 492. Lesenswert in diesem Zusammenhang auch die Beiträge von Jan Schlemmermeyer, Kritik der Politik als Politikwissenschaft, Prokla 160, S. 455-469; Alex Demirović, Kritische Staatstheorie in emanzipatorischer Absicht, Prokla 162, S. 133-152; und die Replik von Jan Schlemmermeyer, Die historische Dynamik des Kapitalismus und linke Strategien, Prokla 162, S.153-162.

<sup>13</sup> „Lernende Organisation (LO) bezeichnet eine anpassungsfähige, auf äußere und innere Reize reagierende Organisation. (...) Eine lernende Organisation ist idealerweise ein System, welches sich ständig in Bewegung befindet. Ereignisse werden als Anregung aufgefasst und für Entwicklungsprozesse genutzt, um die Wissensbasis und Handlungsspielräume an die neuen Erfordernisse anzupassen. Dem zugrunde liegt eine offene und von Individualität geprägte Organisation, die ein innovatives Lösen von Problemen erlaubt und unterstützt.“ [http://de.wikipedia.org/wiki/Lernende\\_Organisation](http://de.wikipedia.org/wiki/Lernende_Organisation); Zugriffsdatum: 18.10.2011, 18:00.

<sup>14</sup> So zählte zu den frühen Organisationsformen der modernen Arbeiterbewegung der „Arbeiterbildungsverein“, der das Bedürfnis nach intellektueller Aneignung der Lebenswelt entwickelte.

zulänglichkeiten. Sie begreifen ihre Mitglieder als Grenzgänger zwischen Partei(leben) und Alltags(leben), die die Wirklichkeit in die Partei tragen und sich der Welt mit Neugier in verändernder Absicht nähern<sup>15</sup>. Eine Kultur des kollektiven Lernens tut gerade dort not, wo die Parteiorganisation in der glücklichen Lage ist, dass aufgrund der unterschiedlichen sozialen Lage ihrer Mitglieder auch unterschiedliche soziale Erfahrungen aufeinander treffen. Je stärker die differenzierte Sozialstruktur der Gesellschaft sich in der Mitgliedschaft wiederfindet, desto größer sind die Möglichkeiten, in den politischen Forderungen soziale und kulturelle Unterschiede aufzunehmen und zusammenzuführen. Eine lebendige Organisationsarbeit entwickelt Mechanismen, um aus lokalen Ereignissen und Erlebnissen kollektive Erfahrungen machen zu können. Sie lobt den Widerspruch, weil nur er dazu verhilft, Irrtümer und Missgriffe zu korrigieren, weil nur die Diskussion zeigt, wie unterschiedliche Erfahrungen zu deuten sind.<sup>16</sup> Zuhören können und zum Widerspruch ermuntern zählen zu den kulturellen Grundlagen einer lernenden Organisation, die, wenn es darauf ankommt, zum geschlossenen Handeln fähig ist, ohne zur Gefolgschaft zu werden.

(2) Linke Organisationen waren und sind immer auch soziale Orte praktischer Solidarität. Solidarität beginnt mit der wechselseitigen Anerkennung als Gleiche jenseits der individuellen Stellung in der kapitalistischen Verwertungshierarchie. Der gleiche Respekt gebührt dem Lehrer wie der Langzeiterwerbslosen, dem Rede- wie dem Plakatiertalent. Organisationsleben ist insofern auch ein Gegenentwurf zum kapitalistischen Alltag der in Geld ausgedrückten Werte und Leistungen. Linke Organisationen haben, wenn es gut mit ihnen lief, immer mehr organisiert als materielle Interessen. Immer ging es dabei um gemeinsame Werte und Vorstellungen von einem „guten Leben“. Die Geschichte bietet zahlreiche Beispiele, wie es gelungen ist, Organisationen über den Aufbau praktischer Solidarität zu stärken. Die frühen Organisationsformen der Arbeiterbewegung, Gewerkschaften wie Parteien, verfügten zum Beispiel über eigene Arbeitsnachweise und Unterstützungskassen, etwa für erwerbslose Mitglieder oder bedürftige Angehörige. Im Laufe der Jahrzehnte wurden mehr und mehr dieser Funktionen vom Sozialstaat übernommen oder es gelang, sie ihm in Gestalt von Aufgaben oder Ansprüchen auch Sozialeigentum zu übertragen. In dem Maße, in dem solche sozialstaatlichen Funktionen unter veränderten, sich ausdifferenzierenden gesellschaftlichen Bedingungen versagen oder wieder abgestoßen werden, wächst die Bedeutung der Formen praktischer Solidarität. Gerade für linke Parteien werden Formen des solidarischen Parteilebens von Mitgliedern unterschiedlicher sozialer Herkunft eine wachsende Bedeutung bekommen, wenn der Anspruch, sozial ausgegrenzte Bevölkerungsteile vertreten und zugleich keine populistische Unterschichtenpartei werden zu wollen, eingelöst bleiben soll. Die Aufgaben beginnen bei der Art und Weise, wie in der Partei über Politik geredet wird, gehen über Organisationsformen, die den flexiblen und unterschiedlichen Arbeits- und Lebensrhythmen der Mitgliedschaft Rechnung tragen und enden bei den konkreten Ausdrucksformen der Egalität, dass jede und jeder wichtig ist und gleich viel zählt. Wie sieht das moderne Parteileben neben der „harten Politik“ und der materiellen Interessen aus, das sowohl den wechselseitigen Respekt als demokratische Gleiche in der Partei wie praktische Solidarität mit erheblicher Anziehungskraft auf Nichtmitglieder enthält? Ein Weg wäre, mit Blick auf die Geschichte, die Gründung von Genossenschaften und anderen Vereinen auf Gegenseitigkeit, die wiederum gerade auch für Nichtmitglieder offen stehen, und denen sich durch die modernen Technologien neue Perspektiven bieten. Warum sollte es nicht Mitglieder linker Organisationen, der LINKEN geben, die über „Tauschringe“, Energie-

---

<sup>15</sup> Ein frühes Beispiel solcher organisierender Instrumente ist Marxens „Fragebogen für Arbeiter“, MEW 19, S. 230-237.

<sup>16</sup> „Vollständige Freiheit, unserer Meinung zu widersprechen oder sie zu missbilligen, ist die einzige Bedingung, die uns rechtfertigt, sie als richtig anzunehmen zum Zweck des Handelns; unter keiner anderen Bedingung kann ein Wesen mit menschlichen Fähigkeiten eine vernünftige Sicherheit haben, im Recht zu sein.“ John Stuart Mill, Über die Freiheit, Stuttgart 1974, S. 29.

oder Einkaufsgenossenschaften und anderes mehr alltägliche Räume praktischer Solidarität schaffen und somit als aktiv an einer Milieubildung mitwirken?

(3) Über ihre aktive Mitgliedschaft wird die Partei zum sozialen Akteur, der im sozialen und gesellschaftlichen Feld zumindest anwesend und wahrnehmbar ist. Stammwählerschaften, parteinahe Milieus haben sich immer dort und dann gebildet, wo Parteimitglieder in der Lage waren, Handlungen im politischen Feld mit denen im sozialen Feld der Betriebe, Vereine, Nachbarschaften erfolg- und sinnreich zu verknüpfen. Sicherlich, auch für Verteilaktionen und Infostände wäre es gut, Mitglieder einsetzen zu können. Doch notfalls lassen sie sich (semi-)professionell outsourcen. Eine Mitgliedschaft im Angelverein oder der Freiwilligen Feuerwehr entzieht sich dem. Im sozialen Feld aktive Mitglieder, die als solche auch bekannt sind, sind die Garanten der Glaubwürdigkeit; sie sind das alltägliche Gesicht der Partei und ihrer Ziele nach außen, aber auch des authentischen, von keiner Umfrage verfälschten Transports der Stimmungen, Erfahrungen, Sichtweisen im sozialen Handlungsfeld, kurz des Alltagsbewusstseins in die Partei hinein. Wie, wenn nicht auf diesem Wege über die Mitglieder sollen in den einzelnen lokalen und sozialen Feldern hegemoniale Sichtweisen unterhöhlt und gekippt, Gegenperspektiven entwickelt werden? Eine solche Sicht auf alltägliche gesellschaftliche Veränderung hat die historische Last des leninistischen Partei- und Kaderverständnisses gegen sich. Tatsächlich geht es darum, ob Mitglieder ermutigt und unterstützt werden, auch außerhalb der Parteiversammlung, als Betriebsräte, in öffentlichen Unternehmen, in der Verwaltung, in Vereinen, in der Nachbarschaft als Mitglieder der LINKEN bekannt zu sein, sich ansprechen zu lassen, Positionen zu vertreten und das, was an Fragen und Unverständnis entsteht, in die Partei zurücktragen zu können. Spätestens an dieser Stelle wird deutlich, dass dafür nicht nur eine offene innerparteiliche Kommunikation von unten nach oben gefragt ist, sondern die Kommunikation der Führung mit der Mitgliedschaft so beschaffen sein muss, dass die Mitglieder die medialen Widerspiegelungen des Spitzenpersonals erklären, mittragen können. Sie müssen, konkret und praktisch, über die Parteiführung und deren Handeln mehr wissen können als der durchschnittliche Medienkonsument, wenn sie als soziale Akteure auch für die Partei wirken können sollen.

(4) Das Verständnis linker Parteien als Mitgliederparteien gründet auf der Annahme, dass politische Veränderungen durch gesellschaftliche Veränderungen, soziale Kräfte und politische Auseinandersetzungen im vorparlamentarischen Raum, jenseits des politischen Systems im engeren Sinne, vorbereitet und getragen werden. In seiner Rede „Den antikapitalistischen Übergang organisieren“ auf dem Weltsozialforum 2010 hat David Harvey ausgeführt: „Gesellschaftsveränderungen entstehen aus der dialektischen Entfaltung der Beziehungen zwischen sieben Momenten, die zum politischen Körper des Kapitalismus als einem Ensemble oder einer Ansammlung von Tätigkeiten und Praktiken gehören.“ Hierzu zählt Harvey Formen der Produktion, des Austauschs, der Konsumtion; die Beziehungen zur Natur; die gesellschaftlichen Beziehungen zwischen den Menschen; die geistigen Vorstellungen von der Welt; die Arbeitsprozesse; die institutionellen, rechtlichen und staatlichen Arrangements; die alltägliche Lebensführung. „Jeder dieser Momente ist selbst dynamisch und beinhaltet Spannungen und Widersprüche (...), aber alle sind von allen wechselseitig abhängig und entwickeln sich in Beziehung zueinander. Worauf es wirklich ankommt, ist die dialektische Bewegung zwischen all diesen Momenten, auch wenn sich in ihr ungleiche Entwicklungen vollziehen.“<sup>17</sup> Veränderungen, deren Reichweite über das politische System hinausgeht, kommen nicht aus dem politisch-parlamentarischen System. Meistens werden Veränderungen dort nur ratifiziert, manchmal geburtshelferisch beschleunigt. Die Potentiale und Kräfte der Veränderung entstehen an ganz unterschiedlichen Stellen und in ihrem Wechselspiel. Organisationen und Parteien, die als politische Akteure nur im politischen System verankert sind,

---

<sup>17</sup> David Harvey: Den antikapitalistischen Übergang organisieren. Hamburg 2010 (Supplement der Zeitschrift „sozialismus“ 11/2010), S. 12f.

werden von der „dialektischen Entfaltung der Beziehungen“ im „politischen Körper des Kapitalismus“ immer wieder überrascht und an den Rand gedrängt werden. Die Veränderungsstrategien der Partei DIE LINKE sind demgegenüber unterkomplex entwickelt. Sie schwanken zwischen der Hoffnung, die soziale Vielfältigkeit ihrer Anhängerschaft und unterschiedliche politische Erwartungen in ihrer Wählerschaft weiter durch Alleinstellung gegenüber der „Konsenssoße“ der anderen Parteien zusammenhalten zu können oder alternativ durch die Erlangung konzept- und projektbezogener Aushandlungs- und Gestaltungsmacht, altdeutsch: zwischen Revolution und Reform. Beide Vorstellungen verorten die Partei zugleich vor allem als Wahl- und Medienpartei und schätzen die eigentliche Organisationsfrage gering. Die Bewältigung der Organisationsfrage stellt aber die zentrale strategische Herausforderung dar, vor der DIE LINKE im Übergang von der Sammlungsbewegung zur Partei steht. Als Partei, die auf Selbstaufklärung und Emanzipation setzt, darauf, dass die Bürgerinnen und Bürger zum Subjekt ihrer eigenen Geschichte werden, muss es vor allem anderen darum gehen, auf diesem Feld des Beteiligen in seiner doppelten Bedeutung - des passiven „Beteiligt werden“ und des aktiven „Sich beteiligen“ - Glaubwürdigkeit aufzubauen. Die Partei als politischer Akteur – das ist die Frage nach ihre Fähigkeit, mit anderen neue Räume, Sichtweisen, Horizonte zu erschließen, in denen die praktische Erfahrung wächst, dass man etwas ändern kann, dass man sich Teile der eigenen alltäglichen Lebensbedingungen aneignen kann. Damit einher geht eine erweiterte Sichtweise: Es gilt nicht mehr nur zu fragen, wo Erwerbslose, Niedrigverdiener und andere die „Opfer“ herrschender Verhältnisse und Politik, also Objekt sind, sondern ebenso zu fragen, wo und wie sie zum sozialen Subjekt werden können und was eine linke Partei dazu beitragen kann: Was können Geringverdiener zur Energiewende beitragen? Welche Genossenschaft zur Befriedigung alltäglicher Bedürfnisse jenseits kapitalistischer Märkte, welche Formen solidarischer Ökonomie mit Potential zur Transformation des gesellschaftlichen Lohnarbeitsverhältnisses oder auch welche nachbarschaftliche Aneignung eines verwahrlosten öffentlichen Geländes verbinden sich mit dem Engagement Linker?

### **Ein kurzes Lob der Politik im sozialen Nahraum**

Möglichst weitgehende Kontrolle über die eigenen Lebensverhältnisse und möglichst weitgehende Selbstbestimmung der eigenen Lebensbedingungen in Gleichheit und Freiheit, darauf ließe sich herunterbrechen, was demokratischen Sozialismus ausmachen könnte. Wozu er taugt, zeigt sich im sozialen Nahraum, in den Lebensräumen des Alltags. Aus dem dargelegten Verständnis der Organisationsfrage folgt: Gesellschaftliche Veränderung beginnt in der „Mikropolitik“. Die alltägliche Parteiorganisation zeichnet sich nicht durch spektakuläre, medial vermarktete Aktionen und Symbolhandlungen aus, sondern durch alltägliche Präsenz, Beharrlichkeit und Phantasie. Ihre Währung ist das Eröffnen von sozialen und politischen Räumen für eigenes Handeln, für das (Wieder-)Aneignen<sup>18</sup> der gemeinsamen Angelegenheiten, des Öffentlichen, der Gemeingüter, eines Alltags jenseits der ökonomischen Rationalität. Auf dieser Basis entsteht soziale Verankerung, bildet sich soziales Vertrauenskapital, entstehen „linksaffine“ soziale Milieus, die eine linke Partei als eigenständige politische Kraft tragen.<sup>19</sup> Was zeichnet demokratischen Sozialismus im praktischen Leben aus? Es ist der Anspruch, zum einen die eigenen Lebensbedingungen weitestgehend zu kontrollieren – Sicherheit - und zum anderen die persönlichen Lebensverhältnisse

---

<sup>18</sup> Zum Begriff der „Aneignung“ siehe arranca!-Redaktion: „Aneignung. Anmerkungen zu einem ambivalenten Konzept.“, [www.trend.infopartisan.net/trd0604/t050604.html](http://www.trend.infopartisan.net/trd0604/t050604.html)

<sup>19</sup> Zur Partei DIE LINKE als eigenständige politische Kraft und die Rolle von „Aneignungsstrategien“ siehe meine Artikelserie in der Mitgliederzeitschrift „disput“, Ausgaben April, Mai und Oktober sowie das Manuskript vom Januar 2011 „Weniger Arbeit, mehr Demokratie. Oskar Lafontaine über Voraussetzungen einer tätigen Aneignung des gesellschaftlichen Reichtums“ - „Das Lied vom Teilen“ wieder gelesen“ auf [www.horstkahrs.de](http://www.horstkahrs.de)

weitestgehend selbst gestalten zu können – Autonomie. Wachsende soziale Ungleichheit, soziale Ausgrenzung, undemokratische Verfahrensweisen, Missachtung der Bürgerrechte und aggressives Verhalten nach außen vertragen sich damit nicht. Gefordert sind Verhältnisse der Verlässlichkeit und des Vertrauens, die solidarisch handlungsfähige Personen hervorbringen.<sup>20</sup> Linke Organisationspolitik wird dem Herrschaftsbereich der ökonomischen Rationalität des Kapitalverhältnisses Grenzen setzen können müssen, um die Aneignung von »disposable time« (Marx) als der wahren Form des gesellschaftlichen Reichtums zu ermöglichen, um die Verfügung über die eigene Lebenszeit auszuweiten, um die Zeit für demokratische Beteiligung, Bildung und Information, für den Ausbau sozialer Räume, die nicht in Form von Lohnarbeit gestaltet sind, zu gewinnen. Organisationsfrage und Aneignungsfrage gehören zusammen. „Es kommt darauf an, die alten Werte der Solidarität zu bewahren und unter veränderten gesellschaftlichen Vorzeichen mit neuem Leben zu füllen. Wer das will, muss zunächst einmal die weitere Zerstörung solidarischer Lebensformen aufzuhalten versuchen, muss zunächst einmal verhindern, dass weiter lebenswichtige Bereiche nach dem Muster gewinn- und herrschaftsorientierter, abstrakter, bürokratischer und industrieller Arbeit organisiert werden.“<sup>21</sup>

Dafür wird eine linke Partei, die den Wirkungskreis sozialdemokratischer Verteilungspolitik überschreitet, tatsächlich auf Dauer gebraucht. Dieser Überschuss speist sich aus den asozialen Folgen, die die Ausbreitung ökonomistischer Einstellungen der Effizienz, der Nützlichkeit, der Verwertbarkeit in die Welt der sozialen und kulturellen Institutionen, ja in die Vorbilder der Lebensführung hat. Der innere Imperialismus des Reichs des Werts schafft nicht nur wachsende soziale Ungleichheit, Ausgrenzung und Abwertung ganzer Bevölkerungsgruppen, er zerstört auch die Grundlagen von Gesellschaft: Gerechtigkeit, Fairness, Solidarität; Vertrauen, Verlässlichkeit, um Zukunft planen zu können. Linke Visionen und Projekte müssen dieser Ausweitung der ökonomischen Rationalität im sozialen Nahraum etwas entgegensetzen, sollen sie verändernde Kraft entfalten.

Die „Veränderung der Kräfteverhältnisse“, „Gegenmacht“, „Transformation“, „strategisches Dreieck“ oder wie auch immer Strategien der Veränderung benannt werden mögen, sie alle sind auf Sand gebaut, solange sie in der Organisationsfrage einer Mitgliederpartei nicht mehr entdecken können als vom mainstream des medialisierten und personalisierten Politikbetriebs vorgegeben wird: Personalisierung, Reduzierung auf Beitragszahlung, Kandidatenauswahl, Aktivitäten im Rhythmus der Wahlen. Veränderungen, das lehren die Erfolgsgeschichten etwa des Neoliberalismus oder des Ausstiegs aus der Atomkraft, brauchen einen langen Atem, bis sie in der Gesellschaft so tief und breit verankert sind, dass politische Mehrheiten gebildet werden können. Dieser lange Atem ist ohne entsprechendes organisatorisches Rückgrat nicht zu haben, dieses aber nicht ohne die beschriebenen Elemente praktischer Solidarität, alternativer Strukturen und eigenständiger Aneignungsmodelle.

---

<sup>20</sup> Vgl. zum hier verwendeten Sicherheitsbegriff kurz und knapp Katrin Meyer, Sicherheit demokratisieren!; in: WOZ, 15.09.2011.

<sup>21</sup> Oskar Lafontaine: Weniger Arbeit, mehr Demokratie; in: ders. Das Lied vom Teilen, München 1990, S. 22.